



# Nur eine griechische Tragödie?

Was ist los in Europa?

Von Helmut Creutz

**Die Ereignisse überschlagen sich!** Genau so wie die Summen, um die es geht: Zuerst war nur von den Griechen die Rede, die man unterstützen müsse. Es ging um 36 Mrd., von denen Deutschland 13 Mrd. schultern sollte. Dann waren es schon 120 Mrd., um auch die Angriffe auf Portugal und andere Wackelkandidaten abzuwehren. Inzwischen steht die kaum vorstellbare Summe von 750 Mrd. im Raum, um den Euro vor den Spekulanten zu retten!

Einst waren es die Mauren oder Türken, die Europa bedrohten. Darunter konnte man sich noch etwas vorstellen. Aber die heutigen Angreifer, die einen ganzen Währungsraum zu erschüttern drohen, sind eher eine anonyme Spezies. Und nach allem was man lesen und hören kann, ist diese Art von Eroberung, Erpressung, Wegelagerei oder wie man es auch immer nennen will, eine ganz legale Sache auf unseren heutigen Finanzmärkten, also jenen Einrichtungen, die ursprünglich einmal als Hilfsmittel für die Volkswirtschaften angedacht waren! – Wie aber kommt es überhaupt zu diesen Schwierigkeiten und welche Rolle spielen dabei die Staatsverschuldungen?

## Die Entwicklungen und Größen der Staatsverschuldungen

Die Ausweitungen der staatlichen Kreditaufnahmen in den wichtigsten Euroländern sind in der **Darstellung 1** wiedergegeben, bezogen auf die letzten zwei Jahrzehnte und gemessen in Prozent des BIP, also der jeweiligen Wirtschaftsleistung. Dabei kann man zwischen zwei Gruppen unterscheiden.

Das Gros der Länder in der unteren Gruppe hatte beim Eintritt in den Euro, bzw. um das Jahr 2000, das in Maastricht festgelegte Maximal-Kriterium von 60 Prozent des BIP weitgehend erfüllt. Das heißt, sie hatten im Vorfeld entweder ihre höheren Schulden reduziert oder, wie Deutschland und Frankreich, ihre Anstiege entsprechend abgebremsst – um allerdings gleich danach wieder zuzulegen. Denn angesichts der Quotenüberschreitung in der oberen

Ländergruppe, die von Italien, Belgien und Griechenland gebildet wird, konnte das mit den 60 Prozent ja nicht so ernst gemeint sein. Denn diese Länder lagen, selbst im Eintrittsjahr zur Währungsunion, allesamt mit etwa 110 Prozent fast beim Doppelten des Limits! Das heißt: Griechenland hätte, genauso wie Belgien und Italien, nie in die Europäische Währungsunion aufgenommen werden dürfen!

Völlig aus der Reihe fiel dagegen Irland. Im Jahr 1991 mit knapp 100 Prozent ebenfalls zur oberen Gruppe gehörend, senkte es seine Staatsverschuldung bis 2000 auf 40 Prozent ab und bis 2007 sogar unter 30 Prozent. Dieses „Wirtschaftswunder“ gelang diesem Land, dank Anschluss an Europa, vor allem durch die Einführung großzügiger Steuergesetze, was die Verlagerungen von Firmensitzen nach Irland ebenso vorteilhaft machte wie die von Finanzinstituten, deren spekulative Geschäfte entsprechend erleichtert wurden. Nachdem jedoch diese Blase geplatzt war, also ab 2007, nahmen die Staatsverschuldungen Irlands noch rasanter zu als in den übrigen Staaten.

## Verschuldungen der G7-Länder

Der in **Darstellung 1** herangezogene Zeitraum der letzten 20 Jahre, lässt den Anstieg der Staatsverschuldungen in den Euro-Ländern noch relativ harmlos erscheinen. Zieht man aber die Entwicklungen in den letzten 35 Jahren im Fünfjahres-Abstand heran, wie in der **Darstellung 2** bei den so genannten G7-Ländern, dann wird die Dramatik der welt-

weiten Verschuldungsentwicklungen noch deutlicher. Vor allem, wenn man auch hier wieder die als noch tragbar angesehene 60-Prozent-Grenze markiert.

Besonders aufschlussreich ist die Zusammenfassung der sieben Länder in einem Mittelwert. Wie daraus zu ersehen, zeichnete sich darin nicht nur in den letzten fünf Jahren ein steiler Anstieg ab, sondern jeweils auch in den ersten Hälften der 1980er und 1990er Jahre. Ursache dieser Überanstiege waren die weltweiten Hochzinsphasen, die zu Konjunkturerinbrüchen und damit Rückgängen der Steuereinnahmen führten, bei gleichzeitigem Anstieg der sozialen Kosten! – Ein Problem, das alle Politiker mit höheren Kreditaufnahmen zu lösen pflegen, weil Absenkungen der staatlichen Leistungen schwerer durchsetzbar sind.

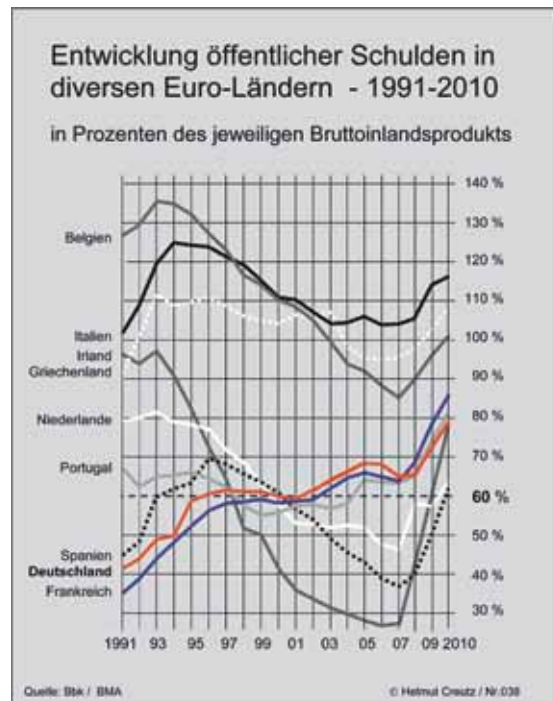
Auch diese Grafik lässt wieder Ausreißer erkennen: Großbritannien, das 1975 die höchste Schuldenquote hatte, schaffte es, sie bis 2000 von 90 auf 40 Prozent zu reduzieren! Vor allem ein Verdienst der „Eisernen Lady“, Madame Thatcher, die mit rigorosen Eingriffen in die Lohnpolitik und vor allem dem Verkauf des „Tafelsilbers der Nation“, diese Halbierung der Schulden erreichte. Wie ersichtlich, wurde dieser Tiefstand in den letzten zehn Jahren allerdings wieder verspielt.

Im zweiten Ausreißer-Land, in Japan, kam es dagegen in den letzten 35 Jahren zu einer förmlichen Schulden-Explosion, von 40 auf fast 210 Prozent der Wirtschaftsleistung! Dass dies bisher überhaupt erträglich war, dürfte – abgesehen von der Mentalität der Bevölkerung – mit den nahe Null liegenden Inlandzinsen erklärbar sein, was wiederum eine Verlagerung der Geldanlagen in die USA höchst gewinnbringend machte. Allerdings bleibt die Frage, wie der japanische Staat, der sich zur Deflationsbekämpfung immer mehr verschuldete, angesichts der Höhe seines Schuldenstands, eine Normalisierung der Zinssätze überstehen will! Zweifellos hat bei der zusätzlich eingetragenen Durchschnittsentwicklung aller sieben Staaten, mit dem Anstieg von 50 auf knapp 110 Prozent, die explosive Entwicklung der japanischen Schulden eine Rolle gespielt, aber wie aus der Grafik ersichtlich, sind – außer Großbritannien – auch alle anderen Länder aktiv daran beteiligt.

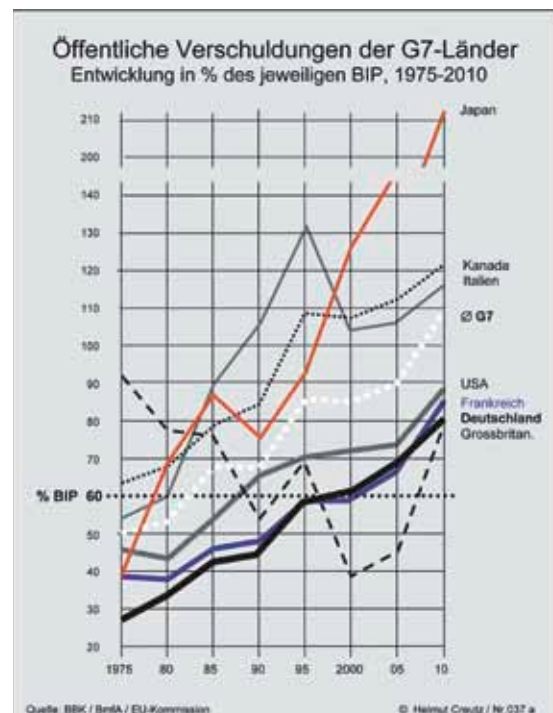
**Die deutschen Staatsschulden in Milliarden**

Die Dramatik der Staatsschulden wird vor allem deutlich, wenn man sie in Milliarden wiedergibt und – wie in **Darstellung 3** – mit den Entwicklungen der Staatseinnahmen seit 1970 vergleicht.

In den vorhergehenden Jahrzehnten, also von 1950 bis 1970, war die Entwicklung der Staatsschulden noch eine völlig unbedeutende Größe: Geringer als die staatlichen



**Darstellung 1**



**Darstellung 2**

Wie ersichtlich, weisen alle G7-Länder 2010 eine deutlich höhere Staatsverschuldung aus als 1975. Lediglich Großbritannien konnte bis 2000 die Schulden abbauen, vor allem auf Grund der Sparpolitik unter Margrit Thatcher und des Ausverkaufs staatlicher Einrichtungen. Deutlich werden in allen Kurven die Hochzinsphasen Anfang der 1980er und -90er Jahre, die jeweils zu Konjunkturerinbrüchen, sinkenden Staatseinnahmen und steigenden Sozialkosten führen und die Staaten zu steigenden Verschuldungen. Das zeichnet sich auch in dem weiß punktierten Durchschnittswert aller G7-Staaten ab. Sichtbar wird ebenfalls, dass die Maastricht-Kriterien in keinem Euro-Land eingehalten und – aufgrund der Krise – die Schuldenschleusen in den letzten Jahren erneut geöffnet wurden. In Japan gilt das bereits ab 1990 und die Prognosen für 2010 liegen über 200 Prozent!

Geldvermögensbestände, konnten sie in diesen ersten Jahrzehnten sogar zeitweise abgebaut werden!

Auch Anfang der 1970er Jahre nahmen die Schulden noch im Gleichschritt mit den Staatseinnahmen zu, doch ab Mitte dieses Jahrzehnts ging es dann bergauf: 1980 überschritten sich beide Größen und im Anschluss daran ging die Schere zwischen den Staatsschulden und -einnahmen immer weiter auseinander: Während die Staatseinnahmen von 1970 bis 2010 fast linear auf das Siebenfache zunahmen, explodierten die Schulden auf rund das 28-fache!

Übertragen auf einen Privathaushalt entspricht das einer Verschuldung, die vier Mal so groß ist wie seine Jahreseinkünfte, aus denen sie zu tilgen und zu verzinsen sind! – Nun mag das für einen Privathaushalt durchaus einmal tragbar sein, wenn er – wie z. B. bei einer Hypothek für den Bau oder Erwerb eines Hauses – die vereinbarten Tilgungen und Zinsen aus seinem laufenden Einkommen abzweigen kann. Bestreitet er aber diese Leistungen mit Hilfe erneuter Kreditaufnahmen, dann nimmt sein Schuldenstand, in Höhe der Zinszahlungen, auch noch laufend zu!

#### Wie kam es zu den Staatsverschuldungs-Eskalationen?

Im Prinzip hat der deutsche Staat genau so gehandelt wie vorstehend beschrieben: Die von uns gewählten Regierungen – gleich welcher Couleur – haben nicht nur die Tilgungen (die inzwischen banktäglich mit mehr als einer Milliarde Euro fällig werden!) durch Neukreditaufnahmen ausgeglichen, sondern auch die zu leistenden Zinsen! – Die Mittel dafür stammen inzwischen etwa zur Hälfte aus dem Ausland, zu einem guten Viertel von inländischen Banken und der Rest direkt von den Bürgern. Z. B. durch den Verkauf von „Bundesschatzbriefen“. – Würde ein Privathaushalt so handeln, dann stünde den Geldgebern eine kurze Zeit lang wenigstens noch der Wert des Hauses als Deckung gegenüber. Was aber will ein Staat den Käufern dieser Papiere bieten, wenn seine laufenden Einnahmen schon lange nicht mehr reichen, um die Zinsen zu bedienen, von den Tilgungen nicht zu reden!

Diese vom Staat praktizierte Finanzierungs-Methode über die Neuaufnahmen von Krediten geht aus der **Darstellung 4** hervor. In ihr sind die jährlichen Zinsleistungen als Kurve wiedergegeben und die jährlichen Kreditaufnahmen als Säulengebirge im Hintergrund. Auch wenn beide Größen gegenläufigen Schwankungen unterliegen, ist ihre ungefähre Größengleichheit bereits optisch zu erkennen.

Geht man dieser Spur nach, dann wurden die staatlichen Verschuldungen in Deutschland, zwischen 1970 und 2009, von 64 Mrd. auf 1.658 Mrd. Euro ausgeweitet und damit auf rund das 26-fache! In absoluten Zahlen ausgedrückt lag die



Darstellung 3

Zunahme der Schulden in den 39 Jahren also bei 1.594 Mrd. Euro! Vergleicht man diese Zunahme mit den im gleichen Zeitraum gezahlten Zinsen, so addieren sich diese auf einen Betrag von 1.562 Mrd. Euro. Das heißt, die Zinszahlungen waren praktisch mit den Kreditaufnahmen identisch! Das heißt aber auch: Die ganzen Kreditausweitungen in den letzten Jahrzehnten sind fast im vollen Umfang in den Zinsendienst geflossen! Und das heißt wiederum, dass die enormen Ausweitungen der Verschuldungen weder für öffentliche Investitionen noch für Personalausgaben zur Verfügung gestanden haben!

Als ich Anfang der 1990er Jahre zum ersten Mal bei meinen Vorträgen auf diese Zusammenhänge hinwies, erntete ich nur ein ungläubiges Kopfschütteln. Im Jahr 1999 jedoch wurde dieser Tatbestand, bei einem Schulden-Symposium in Berlin, durch den damaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, bestätigt:

**„In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genauso viel ausgegeben wie bisher.“**

Manfred Overhaus hat sich allerdings in einem Punkt geirrt, denn „diese ganze Veranstaltung“ hat sich sehr wohl „gelohnt“! Denn das Gros der Zinsausgaben kam der wohlhabenden Minderheit zugute, die in der Lage war, die Kre-

ditaufnahmen des Staates zu finanzieren, während die Bürgermehrheit die Zeche bezahlen musste. Angesichts dieser Tatbestände braucht man sich über die ständig weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich, bei uns wie auch in fast allen anderen Ländern, nicht zu wundern!

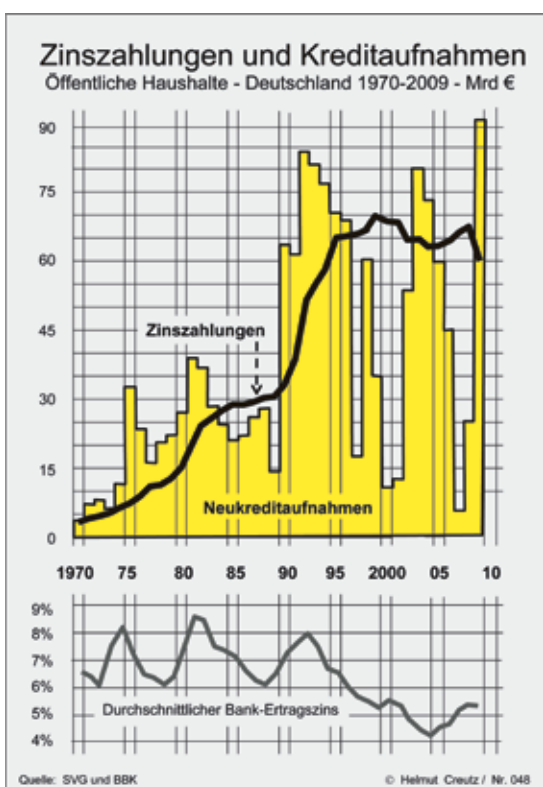
Die Wochenzeitung „Die Zeit“, die über dieses Symposium in ganzseitiger Aufmachung berichtete, fasste die Auswirkungen in ihrer Überschrift zusammen:

**„Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern – auf Kosten der Generation von morgen“**

#### Kann es noch eine normale Staatsentschuldung geben?

Im Jahr 2003 hatte der Steuerzahlerbund einmal ausgerechnet, dass der Staat, bei einer monatlichen Tilgung von einer Milliarde Euro, 110 Jahre brauchen würde um seine Schulden los zu werden. Denn 110 x 12 Milliarden ergaben jene 1.320 Mrd. die Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland damals bereits über Kreditaufnahmen angesammelt hatten.

Allerdings hatte der Steuerzahlerbund bei seiner Rechnung nicht die Zinsen berücksichtigt! Denn während dieser 110 Jahre muss nicht nur das Geld für die Tilgungszahlungen aufgebracht werden, sondern – wie bei jeder Hypothek – auch noch für die laufenden Zinsbedienungen!



Darstellung 4

Geht man bei dieser theoretischen Entschuldung nun einmal von dem Bestand Ende 2009 in Höhe von 1.658 Mrd. aus (nach den Maastrichtkriterien sind es sogar 1.768 Mrd.!), dann würde man für die Tilgung – bei einer Milliarde pro Monat – bereits 138 Jahre benötigen! Rechnet man jedoch die jährlich zu zahlenden Zinsen von z. B. 5% hinzu, dann ergibt sich – bezogen auf den mittleren Schuldenstand in Höhe von 829 Mrd. – neben den laufenden Tilgungen von 12 Mrd. p.a. – auch noch eine durchschnittliche Zinsbelastung von rund 41 Mrd. Insgesamt sind also während der Tilgungszeit p.a. 53 Mrd. aufzubringen! Das heißt, die gesamten aufzubringenden Lasten in den 141 Jahren addieren sich auf 7.439 Mrd. und damit auf das Viereinhalbfache der Schuldensumme! Und das auch nur unter der Voraussetzung, dass es in diesen ganzen 141 Jahren zu keinerlei Neukreditaufnahmen kommt!

Bei diesen Entschuldungs-Überlegungen muss darüber hinaus bedacht werden, dass im gleichen Umfang wie Staatsschulden durch Tilgungen tatsächlich reduziert werden, die Unternehmen und Privathaushalte ihre Verschuldungen ausweiten müssen! Denn finden die Banken keine neuen Kreditnehmer für die vom Staat getilgten Beträge, dann würden sich bei ihnen immer größere Geldbestände sammeln, die in gleicher Höhe in der Wirtschaft fehlen! Darum ist in jeder Volkswirtschaft erforderlich, dass mit den Geldvermögen immer auch die Schulden ausgeweitet werden! Und da diese Geldvermögen wiederum durch den Zinseszinsseffekt seit Jahrzehnten beschleunigt zunehmen – von Bert Rürup einmal als das „achte Weltwunder“ bezeichnet – kommt es zu jenen Schuldenskandalen, die sich mit zunehmenden Sättigungen der normalen Märkte fast zwangsläufig immer mehr auf die Staaten verlagern. Auf diesen Zwang zur staatlichen Schuldenaufnahme, hatte Rüdiger Pohl, über Jahre einer der die Regierung beratenden „Fünf Weisen“, bereits 1987 in einem Zeit-Artikel hingewiesen:

**„Wohlgermerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn – wie heute in der Bundesrepublik – das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage...der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“**

Das heißt, alle unsere Volkswirtschaften stehen vor dem gleichen Dilemma: Werden die ständig zunehmenden Geldvermögen, die keine Investitionsmöglichkeiten mehr in der Wirtschaft finden, nicht vom Staat aufgenommen, drohen uns Deflationen. Mit der Aufnahme dieser Mittel über Staatsverschuldungen aber droht uns eine öffentliche Be-

lastung, die schließlich nicht mehr bedienbar ist. Außerdem kommt es, wenn es auch die Staaten nicht mehr schaffen diese in unserem Geldsystem eingebaute Selbstvermehrungen der Geldvermögensmassen zu absorbieren, zu jenem Ausweichen der Geldvermögensmassen in immer größere Spekulationen und Wetten – selbst bezogen auf ganze Staaten und deren Währungen – wie wir das jetzt erleben!

### **Welche Entschuldungsmaßnahmen wären denkbar?**

Ein normaler Abbau der Schulden, also eine Reduzierung durch Tilgungszahlungen, ist angesichts der heutigen Größenordnungen und ohne eine Korrektur unseres Geldsystems, kaum noch vorstellbar. Auch die 80 Mrd Euro, die unsere Regierung mit Hilfe des unsozialen „Sparpakets“ in den nächsten vier Jahren weniger ausgeben will anstatt sie bei den Krisengewinnlern einzuziehen, werden von den rund 240 Mrd Euro Zinszahlungen in der gleichen Zeit dreimal aufgezehrt. Deshalb besteht für alle Länder letztendlich nur noch die Möglichkeit des „Ausschleichens“ aus den Schulden. Zum Beispiel durch eine ständig zunehmende Inflationierung des Euro. Damit werden jedoch nicht nur die Geldgeber und Gläubiger mit einem wertloseren Geld abgefunden, sondern auch die Währungen ruiniert. Von einer solchen „Lösung“ des Problems wären jedoch nicht nur die Kreditgeber betroffen, sondern sämtliche finanziellen Werte, einschließlich aller Renten. Ebenso würden solche Inflationen zu einer Abwertung des Euro als internationaler Handels- und Reservewährung führen: Die Exporte würden sich zwar beleben, aber alle Importe teurer werden, was vor allem über Energie- und Rohstoffpreise von den Endverbrauchern zu bezahlen ist.

Ein zweiter und wahrscheinlich gerechterer Weg zur Beendigung der heutigen Misere wäre eine geordnete Insolvenz der Staaten, die Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich den Griechen empfohlen hat. Bei einer solchen Insolvenz, die bei fast allen Zahlungsunfähigkeiten in der Wirtschaft praktiziert wird, werden die Forderungen der Geldgeber auf die Zahlungsmöglichkeiten des Staates reduziert. Das heißt, die Geldgeber erhalten nur einen Teil ihrer Ansprüche zurück, ähnlich wie nach dem Staatsbankrott Argentiniens. Das heißt, die Geldgeber stehen vor der Wahl, sich mit einem Teil ihrer Forderungen zufrieden zu geben oder möglicherweise alles zu verlieren, nicht anders als bei jeder Unternehmens-Insolvenz.

Da die Staaten wiederum überwiegend bei Banken verschuldet sind, müssten diese also in erster Linie die Verluste in Kauf nehmen. Dadurch könnten natürlich auch Banken in Insolvenzen geraten, womit dann jene erreicht würden, die über Jahrzehnte hinweg den Nutzen aus den Verschuldungen der Staaten gezogen haben: Die Besitzer großer Geldvermögen!

Um soziale Härten zu vermeiden, könnte man die Kürzungen der Ansprüche reziprok zu ihrer Höhe staffeln. D.h., kleine Einleger würden nur geringe Kürzungen in Kauf nehmen müssen, Großeinleger, die kaum soziale Probleme zu befürchten haben, umso höhere.

### **Was lehrt uns das Beispiel Ostblock?**

Es mag unrealistisch erscheinen, unsere Misere mit der des Ostblocks in den 1980er Jahren zu vergleichen. Betrachtet man jedoch die Entwicklungen unserer Staatsverschuldungen in den letzten Jahren in der **Darstellung 1**, mit jener der kommunistischen Länder in der **Darstellung 5**, dann werden die Parallelen sichtbar. Denn auch diese Länder sind in erster Linie allesamt auf Grund ihrer Staatsverschuldungen zugrunde gegangen, vor allem der im Ausland aufgenommenen. Es lohnt also, sich noch einmal an die Vorgänge zu erinnern.

Als Anfang der 1980er Jahre die ersten Länder Lateinamerikas durch ihre Auslandsverschuldungen in Schwierigkeiten gerieten und 1982 Mexiko seine Zahlungsunfähigkeit bekundete, hatte man kaum beachtet, dass das bereits 1981 in Polen – dem im Westen höchstverschuldeten Ostblockland – der Fall gewesen war.

Wie aus der **Darstellung 5** ersichtlich, haben daraufhin alle Ostblockstaaten versucht, ihre Kreditaufnahmen im Westen zu reduzieren. Besonders deutlich ist das bei den Auslandsverschuldungen der UdSSR und der DDR zu erkennen. Doch diese Einschränkungen konnten nicht lange durchgehalten werden, nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass die Versorgung der Bevölkerung problematisch wurde und es in Polen bereits zu ersten Streiks gekommen war, die das politische System gefährdeten.

Wie erkennbar, kam es darum zu erneuten Kreditaufnahmen, die – wie aus der Grafik ersichtlich – ab 1984/85 sogar zu einer Verdopplung der Schulden führten. Damit konnten die Staaten zwar vorübergehend ihre Engpässe abbauen, aber gleichzeitig überschritten sie die Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit. – Das endgültige Aus der Staaten war damit eingeläutet. – Besonders krass war dieser Schuldenanstieg in der DDR, nicht zuletzt durch jenen überraschenden drei-Milliarden-DM-Kredit, der ausgerechnet von dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß noch einmal eingefädelt wurde.

Welche Rolle auch hier wiederum den Zinszahlungen zukam, zeigt ein rückblickender Bericht im „Handelsblatt“ vom 14. 11. 1991, bezogen auf Polen:

**„Obgleich zahlungsunfähig und von den internationalen Kapitalmärkten verdrängt, stieg die polnische Auslandsver-**

**schuldung von 1981 bis 1990 von 26 auf 48 Mrd. Dollar. Die Verdopplung der Auslandsschuld resultierte ausschließlich aus der Nichtbezahlung fälliger Zinsen: es wurde kein einziger Dollar getilgt oder als Realkapital zur Stärkung der polnischen Exportwirtschaft importiert.“**

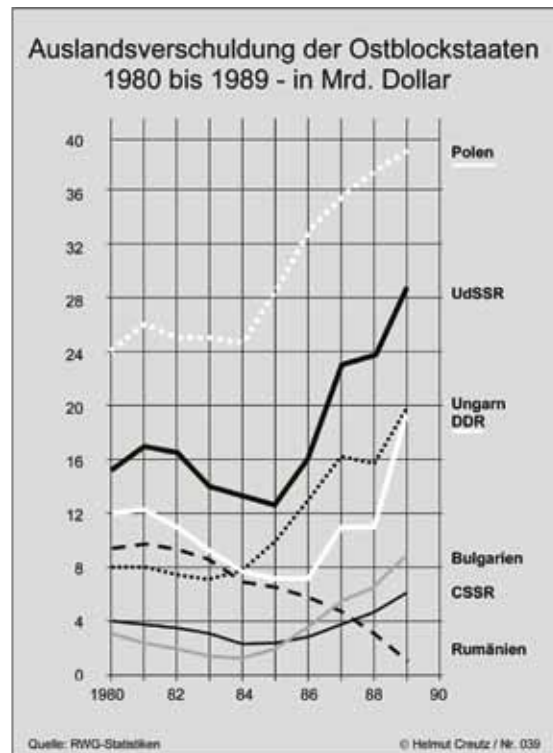
Wie sich die Vorgänge gleichen, könnte man angesichts unserer heutigen Lage sagen! Denn auch bei uns stammen die Staatsverschuldungen – wie wir gesehen haben – fast ausschließlich „aus der Nichtbezahlung fälliger Zinsen“ bzw. deren Finanzierung über erneute Kreditaufnahmen! Und was damals in den Ostblockstaaten diesen Zahlungsunfähigkeiten folgte, ist uns hoffentlich auch noch in Erinnerung: Mehrfache Geldentwertungen, Staatsumbrüche und -auflösungen, sowie in einigen Ländern wiederholte „Währungsreformen“ bei denen man jedoch – ohne jede wirkliche Reform der Währungsstruktur! – jeweils wieder mit dem gleichen fehlerhaften Geldsystem begonnen hat. Solche Entwicklungen könnten auch uns in ähnlicher Folge und mit ähnlichen Erscheinungen blühen. In manchen Gebieten Europas möglicherweise sogar mit Folgen, wie wir sie im ehemaligen Jugoslawien miterleben mussten.

Das einzige Ostblockland, das sich den zunehmenden Auslandsschuldungen entziehen und sie sogar abbauen konnte, war – wie aus der **Darstellung 5** ersichtlich – Rumänien. Unter welchen Opfern für die Bevölkerung das geschah – Abschalten des Stroms, Herunterfahren der Fernheizungen im Winter auf 12 Grad und radikale Einschränkungen der Versorgung – ist hoffentlich noch in Erinnerung!

Denkt man nun an Griechenland und an die Opfer, die mit einem wirklichen Abbau der Staatsverschuldungen für die Bevölkerung verbunden sind, dürfte dieser Vergleich nicht ganz abwegig sein. Immerhin müssten die Menschen in diesem Euro-Land, alleine für die Reduzierung der Staatsverschuldung von rd. 135 auf 60 Prozent des BIP, theoretisch etwa 9 Monate lang auf ihr gesamtes Einkommen verzichten, oder – da das natürlich nicht möglich ist – fast 7 Jahre lang auf ein Zehntel ihres Einkommens! – Und diese „griechische Tragödie“ trifft keinesfalls nur auf dieses Land zu, sondern droht uns allen. Zumindest werden wir in einem erheblichen Maße mit zur Kasse gebeten, von den eigenen Schwierigkeiten nicht zu reden!

#### Resümee:

Gleichgültig, ob wir uns der Schulden durch radikale Einsparungen entledigen oder sie weiter wachsen lassen und unsere Währung in einer Inflation ruinieren: Entsprechend der Funktionsmechanismen unseres heutigen Geldsystems ist das nicht ohne erhebliche Opfer möglich! Und diese werden

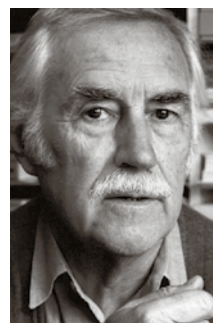


**Darstellung 5**

– wieder einmal – der Bevölkerungsmehrheit aufgehalst, während die Minderheit der Gutbetuchten, die von unserem Geldsystem fast 60 Jahre lang profitiert haben, ihre „Schäffchen“ längst im Trockenen haben! Das Schlimmste aber ist, dass wir – trotz einer Vielzahl hoch dotierter Ökonomen – auch nach der nächsten Katastrophe höchstwahrscheinlich aufs Neue mit dem gleichen fehlerbelasteten Geldsystem beginnen werden, das uns in diese Schwierigkeiten gebracht hat: Ein Geldsystem, das bei anfänglich hohen Wachstumsraten so lange halbwegs funktioniert, wie diese über den Zinssätzen liegen! Kehrt sich das Verhältnis nach wenigen Jahrzehnten um, geraten wir wieder in die gleiche Falle, in der wir heute stecken. – Nur ein Neuanfang mit einem von seinen Fehlern befreiten Geldsystem könnte uns zu einer Zukunft verhelfen, in der sich diese Zusammenbrüche – mit oder ohne Krieg – nicht mehr zwanghaft wiederholen müssen!

#### Zum Autor

Helmut Creutz



Jg. 1923, Architekt, Wirtschaftsanalytiker und Publizist. 1979/80 war er Mitbegründer der Alternativen Liste und der Grünen in Aachen und NRW. Seit 1980 befasst er sich mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft. Umfangreiche Vortrags- und Seminartätigkeit, Veröffentlichung von zahlreichen Büchern, Aufsätze und statistische Grafiken zum Thema.